



Dirk Messner. Foto: Vladimir Unkovic

Globale Risiken, Große Transformation und die Notwendigkeit von Kooperation

Ein Gespräch mit Dirk Messner.
Die Fragen stellte Ruben Langer.

Mit einer Gewalt, die für Jahr-
millionen allein den Natur-
kräften zukam, hat der Mensch
begonnen, seine Umwelt und das
Erdsystem zu verändern. Uner-
müdlich und mit nie dagewesener
Geschwindigkeit verändert er das
Antlitz des Planeten. Er ist zur
entscheidenden geologischen Kraft
geworden und hat – zunächst ohne
es zu merken – ein neues Erdzeitalter
eingeleitet, sein eigenes.

Diese Darstellung mag wie
der unheilvolle Anfang eines alten
Schauermärchens klingen, und doch
ist sie gerade einmal zwei Jahrzehnte
alt und stammt aus der nüchter-
nen Feder des Nobelpreisträgers
und Atmosphärenchemikers Paul
Crutzen. Sie ist so gewiss wie die
globalen Risiken und Herausfor-

derungen von bisher ungekann-
tem Ausmaß, mit denen sich die
Menschheit im Anthropozän kon-
frontiert sieht.

Wir sprachen mit Dirk Messner
über globale Risiken, die Vision
einer Großen Transformation zur
Nachhaltigkeit und die Unumgäng-
lichkeit globaler Kooperation.

**Herr Messner, sie sind in zahlreichen
Institutionen und Forschungszu-
sammenhängen tätig. Diesen ist
gemeinsam, dass sie Antworten auf
drängende Fragen der Menschheit
im 21. Jhd. zu geben versuchen.
Bevor wir uns den Antworten
ausführlich zuwenden – Was sind
überhaupt die drängenden globalen
Risiken, mit denen wir uns konfron-
tiert sehen?**

Meine Forschungsarbeiten konzen-
trieren sich insbesondere auf drei
Fragestellungen, die alle so verstan-
den werden können, dass sie sich auf
Risiken beziehen.

Eine erste Fragestellung bezieht
sich auf die veränderten und sich
verändernden Machtstrukturen in
der Weltwirtschaft und in der Welt-
politik. Nach 250jähriger Domi-
nanz westlicher Gesellschaft sehen
wir nun China, Indien und andere
Nationen ins Rampenlicht treten.
Dieser Prozess beinhaltet Chancen,
aber natürlich auch Risiken. Man
könnte denken, dass diese Macht-
verschiebungen zu einer stärkeren
Inklusion und Teilhabe bei der
Gestaltung internationaler Politik
führen, weil zusätzliche Akteure an
Prozessen globaler Politikgestaltung

beteiligt sind. Blickt man aber in die Geschichte, so wird deutlich, dass derartige Verschiebungen meist mit Konflikten und Krisen einhergehen. Dieses Risiko sehe ich auch heute. Unter diesem Blickwinkel könnte man beispielsweise das Verhältnis der USA unter dem neuen Präsidenten Trump und China beschreiben. Zur Rolle der aufstrebenden Schwellenländer im internationalen System arbeiten wir intensiv am DIE.

Die zweite Fragestellung, an der ich vor allem im Rahmen des WBGU forsche, betrifft Prozesse des globalen Wandels. Hier stellen uns insbesondere mögliche Veränderungen im Klima- beziehungsweise Erdsystem vor immense Herausforderungen und Risiken – Stichwort planetary boundaries¹. Zu nennen wäre hier aber ebenso die Digitalisierung. Auch diese dürfte uns vor ungeahnte Herausforderungen stellen. Was sind beispielsweise die Möglichkeiten von Mensch-Maschine-Interaktionen, und was bleibt von der Singularität des Menschen übrig? Wie entwickeln sich die internationale Arbeitsteilung und Arbeitsmärkte, wenn Maschinen zunehmend kognitive Aufgaben übernehmen, die bisher nur von Menschen ausgeführt wurden? All diesen Prozessen ist gemeinsam, dass sie nicht vornehmlich Risiken auf einer lokalen Ebene erzeugen, sondern, dass sie sich global auswirken. Die Erwärmung des Klimas ist sicherlich das derzeit mit Recht am meisten diskutierte Problem globalen Wandels.

Die dritte Fragestellung die mich interessiert, ist die nach den Grundlagen und Möglichkeiten globaler Kooperation – sie steht im Zentrum der Arbeit des Käte Hamburger Kollegs. Sie hängt mit den eben angeführten anderen beiden Forschungsschwerpunkten zusammen. Es geht nämlich darum, wie Dynamiken globalen Wandels durch Kooperation über nationale Grenzen hinweg gestaltet werden können. Dabei handelt es sich durchaus um ein zweiseitiges Schwert. Denn die Umsetzung der Lösungsansätze

geht selbst mit bedeutenden Risiken einher.

Dazu muss man bedenken, dass wir im WBGU davon ausgehen, dass uns eine viele Bereiche von Gesellschaft und Wirtschaft umfassende, große Transformation in globalem Maßstab gelingen muss, um innerhalb der planetary boundaries zu verbleiben. Dass es sich dabei um eine große Transformation handelt, soll unter anderem anzeigen, dass es nicht ausreichen wird, schrittweise Veränderung vorzunehmen, vielmehr haben wir es mit einer grundlegenden Transformation zu tun – Wohlstand für bald zehn Milliarden Menschen muss im Verlauf der kommenden Dekaden vollständig vom Verbrauch nichterneuerbarer Ressourcen sowie vom Druck auf die Ökosysteme entkoppelt werden. Um die globale Erwärmung unter zwei Grad zu stabilisieren, muss die Weltwirtschaft bis etwa 2050 vollständig dekarbonisiert werden – eine gewaltige Aufgabe. Zudem argumentieren wir: Wenn die Große Transformation zur Nachhaltigkeit nicht gelingt, wird es eine andere große Transformation (zur globalen Unsicherheit) geben: Die Menschheit wird sich dann an einen aller Wahrscheinlichkeit nach unkontrollierbaren Erdsystemwandel anpassen müssen. Wir gehen so weit, die Große Transformation zur Nachhaltigkeit mit der neolithischen und der industriellen Revolution gleichsetzen. Nun zeigt die Geschichte auch hier, dass Veränderungen in dieser Größenordnung nicht ohne Reibungen verlaufen. Daher birgt der Übergang zu mehr globaler Kooperation selbst erhebliche Risiken.

Sie haben auf die Idee einer Großen Transformation Bezug genommen. Könnten Sie noch etwas mehr dazu sagen, was es mit dieser auf sich hat? Was war der Anlass für Ihre Forschung zu einer Großen Transformation?

Den Anstoß für die Entwicklung dieses Konzepts gab das Scheitern

des Klimagipfels² in Kopenhagen 2009. Im Anschluss wurde innerhalb des WBGU zusammen mit Kollegen aus dem Kanzleramt und Vertretern aus den Ministerien überlegt, was wir innerhalb des WBGU für die Weiterentwicklung der Klimathematik leisten können.

Wir sind zu dem Schluss gekommen, dass es einer Neufassung der ganzen Problematik bedarf, auch aus politischstrategischen Gründen. Lange wurde der Klimawandel stets als ein Umweltproblem behandelt, bei dem es primär um die Frage der Reduktion von Treibhausgas-Emissionen ging. Dies hat zu einer blockierten Diskussion darüber geführt, wer wieviel Einsparungen vornehmen kann oder sollte.

Wir wollten dagegen nun zeigen, dass man die Problematik als eine ökonomische Herausforderung und als ein Gerechtigkeitsproblem verstehen sollte. Darüber hinaus wollten wir deutlich machen, dass der Klimawandel vor allem auch eine Chance für Ingenieure und Unternehmen bedeutet, die die notwendige Innovation entwickeln müssen. Das Problem sollte unserer Meinung nach also so verstanden werden, dass es darum geht, eine Lösung im globalen Maßstab zu entwerfen: wie kann eine Transformation der Weltwirtschaft gelingen, die die planetary boundaries respektiert und zugleich Wohlstand für alle sichert. Wir wollten also verdeutlichen, dass Klimagipfel im Kern nicht nur Umweltgipfel, sondern vom allem Weltwirtschaftsgipfel sein müssen, wenn wir die Klimakrise lösen wollen. Wie oben bereits kurz erwähnt, ist es die Größenordnung dieser Herausforderung und das kleine Zeitfenster, um diese zu meistern, die die Transformation zu einer großen Transformation machen.

Außerdem sollte die damit angestrebte Neufassung des Problems auch dazu führen, dass Personen sich als Akteure der dringend benötigten Veränderungsprozesse verstehen, die sich durch die bisherige Interpretation des Klimawandels als eines

Umweltproblems nicht angesprochen gefühlt haben: Unternehmer, Banker, Techniker, Städteplaner. Es gab also neben den sachlichen auch politischstrategische Gründe, die für eine Neufassung des Problems sprachen.

Mit der Rede von einer Großen Transformation beziehen Sie sich auf ein einflussreiches Werk des Wirtschaftswissenschaftlers und Soziologen Karl Polanyi. Ist das beabsichtigt und wenn ja, was haben Sie von ihm gelernt?

Karl Polanyis Werk ist in der Tat ein wichtiger Bezugspunkt für unsere Arbeit. Für mich besteht das Kernergebnis seiner Untersuchungen, die er in dem Klassiker *The Great Transformation*³ darlegt, darin, dass der Kapitalismus ein dynamisches, kreatives, Wohlstand steigerndes System ist, welches zwei Probleme schafft: Auf der einen Seite ein Legitimitätsproblem (Machtkonzentration) und auf der anderen Seite Ungleichheitsprobleme. Reichtümer werden produziert, aber sehr ungleich verteilt. Für Polanyi haben sich zwei Antworten für diese Defizite herauskristallisiert: Dem Legitimitätsproblem ist nur durch eine Demokratisierung beizukommen, dem Ungleichheitsproblem nur durch die Einführung inklusiver sozialer Sicherungssysteme. Der Markt muss in die Gesellschaft eingebettet werden, um Marktwirtschaften und Gesellschaften zu stabilisieren.

Und genau an diesen Prozess der zweifachen Begrenzung „freier Märkte“ knüpfen wir mit unserem Begriff der Großen Transformation an. Für uns war klar, dass der Marktwirtschaft die planetary boundaries als zusätzliche Grenzen gesetzt werden müssen. Ebenso stand für uns fest, dass wir nicht mehr nur über nationale Volkswirtschaften nachdenken müssen, sondern über globale Systeme.

Nun gibt es zahlreiche Vorschläge, wie mit den Risiken für die Mensch-

heit im 21. Jahrhundert umzugehen sei. Wie ist Ihr Vorschlag einer Großen Transformation von der Politik und der Gesellschaft national, aber auch international aufgenommen worden?

Dieses WBGU-Gutachten ist so breit rezipiert worden wie keines zuvor: Doktorandenprogramme zur Großen Transformation wurden eingerichtet, viele Forschungseinrichtungen und Universitäten, zivilgesellschaftliche Organisationen, Städte, Ministerien, die EU haben sich für das Konzept und unsere Sichtweise interessiert. Das heißt nicht, dass es nur positive Reaktionen hervorgerufen hat. Von Seiten Otmar Issings wurden wir zum Beispiel gar in die Nähe von Diktatoren wie Mussolini gerückt, da wir Fürsprecher einer Expertokratie seien.⁴ Wie man sich vorstellen kann, waren auch Unternehmen, die auf fossile Energien setzen, nicht besonders erfreut.

Aber wir haben auch viel positiven Zuspruch aus der Wirtschaft erfahren. Viele haben gerade den globalen Ansatz gelobt, der sich nicht im Klein-Klein einzelstaatlicher Überlegungen verliere und die Augen vor globalen Risiken für die Weltwirtschaft verschließe. So haben wir sehr viele Vorträge vor nationalen und internationalen Unternehmen gehalten. Wir haben das Konzept aber auch vor zahlreichen internationalen Organisationen vorgetragen wie der Weltbank, UN-Organisationen, der OECD und den regionalen Entwicklungsbanken.

Unser Ziel, neue Akteure in die Debatte um die Umweltproblematik einzubeziehen, haben wir also erreicht – ob sie uns dabei positiv oder kritisch gegenüberstehen, ist dabei zunächst zweitrangig. Gleiches kann man auch für die Gerechtigkeitsfrage feststellen. Auch durch unseren expliziten Bezug auf Gerechtigkeit sind neue Akteure angesprochen worden, die plötzlich das Umweltproblem als für sie relevant erkannt haben. So zum Beispiel

Gewerkschaften und Entwicklungsgruppen, die das Problem zuvor kaum diskutiert haben.

Wenn so grundlegende Veränderungen gefordert werden, stellt sich schnell die Frage der Machbarkeit. Wie sieht es denn mit den für die Große Transformation benötigten Technologien aus, und wie lässt sich so ein grundlegender Wandel überhaupt finanzieren?

Wir sind zu dem Ergebnis gekommen, dass es mehrere gangbare Wege die notwendigen Veränderungen herbeizuführen und dass hierbei insbesondere drei Sektoren wichtig sind: Der Energiesektor, die Landnutzung und die Städte. Der Energiesektor erzeugt nämlich 75 Prozent der gegenwärtigen Treibhausgas-Emissionen, die verbleibenden 25 Prozent entfallen auf die Landnutzung. Blickt man nun genauer auf den Ursprung der Treibhausgase im Energiesektor, so wird schnell klar, dass wir eine massive Dekarbonisierung benötigen.

Nimmt man nun noch in den Blick, dass bereits heute 70 Prozent der Energie in Städten nachgefragt wird und dass sich die städtische Bevölkerung bis 2050 auf sieben Milliarden Personen verdoppeln wird, so wird klar, welche zentrale Rolle die Frage hat, wie wir unsere Städte treibhausgas-effizient auf- und umbauen. Die nächste Generation der Städte muss ohne Treibhausgasemissionen auskommen. Wie das gelingen kann, diskutieren wir in einem WBGU-Gutachten von 2016. Für die Landnutzung wiederum bedeutet die Große Transformation insbesondere, dass die noch existierenden Wälder und auch Moore, die ja Emissionen binden, erhalten bleiben und wir auf eine klimafreundliche Bewirtschaftung der Agrarflächen umsteigen – weltweit.

Nach dem Desaster der Konferenz in Kopenhagen im Jahr 2009 wurde, vor allem in den internationalen Organisationen, vermehrt auch an der Frage gearbeitet, wie man die



„Der Klimawandel ist ein reales Phänomen; er ist im Wesentlichen durch Menschen verursacht; und er gefährdet die Zukunft menschlicher Entwicklung. Erst dieses Wissen ermöglicht die Chance präventiv zu handeln.“

notwendigen Veränderungen in der Weltwirtschaft überhaupt hinbekommen kann. Die Krise in Kopenhagen war also ein Ausgangspunkt für globale Kooperation, die dann in den Erfolg des Klimagipfels in Paris 2015 mündete.

Wir kommen zu dem Ergebnis, dass Investitionen in der Größenordnung von 2,5 bis 3 Prozent des globalen Bruttosozialproduktes ausreichend sind, um das Zwei-Grad-Ziel⁵ zu erreichen. Und wir sind nicht die Einzigen, die das behaupten. Hierin sind wir uns beispielsweise auch mit der OECD und der Weltbank einig. Um diese Zahlen in Perspektive zu setzen: Nach der Wiedervereinigung haben wir in Deutschland jährlich um die acht Prozent des Bruttoinlandsprodukts in das Zusammenwachsen der „alten“ und „neuen“ Bundesländer investiert. Es bleibt natürlich viel Geld, aber es ist durchaus machbar, auch im globalen Maßstab. Vor allem: viele Studien zeigen, dass Nicht-Handeln aufgrund der

dann zu erwartenden Klimafolgeschäden (wie Dürren, Zerstörung landwirtschaftlicher Flächen usw.) deutlich teurer wird als jetzt entschieden in die Dekarbonisierung zu investieren.

Ebenso verfügen wir über die notwendigen Technologien, um den Klimawandel nachhaltig anzugehen – oder wir wissen, wo investiert werden muss, um diese zu entwickeln: Zum Beispiel im Bereich der Batterien für E-Mobilität. Der technologische Wandel zur Nachhaltigkeit wird insbesondere im Energiesektor deutlich: Der Anteil der Investitionen in erneuerbare Energien an den Gesamtinvestitionen im Energiebereich machte in Europa im Jahre 2016 etwa 90 Prozent aus. Dies ist ein Indikator dafür, dass es notwendige Technologien nicht nur gibt, sondern dass sie zudem in vielen Bereichen wettbewerbsfähig werden. Sie benötigen außerdem sukzessive keine staatliche Förderung mehr – anders zum Beispiel als

die Braunkohle oder die Kernenergie in Deutschland. Ein Kernsatz des Gutachtens ist somit, dass alle notwendigen Elemente auf dem Tisch liegen, um die Große Transformation anzugehen – die „Bedingungen der Möglichkeit“ (Immanuel Kant) für den Wandel sind gegeben. Jetzt müssen wir sie „nur noch“ global umsetzen.

Das bringt uns zu einem weiteren Ihrer Forschungsschwerpunkte. Sie arbeiten im Rahmen des KHK in Duisburg an dem Konzept globaler Kooperation. Sie betonen, dass es neben dem Meistern technischer und finanzieller Herausforderungen vor allem globaler Kooperation bedarf, um den Risiken erfolgreich begegnen zu können. Was verstehen Sie unter globaler Kooperation?

Für mich ist die Kooperationsdefinition in diesem Kontext erst einmal ganz einfach: In erster Linie geht es darum, sich auf ein gemein-

sames Verständnis eines Problems zu einigen, von dem man annimmt, dass man es alleine nicht lösen kann, und arbeitet dann zusammen an möglichen Lösungsstrategien. Entscheidend für die gemeinsame Handlungsfähigkeit ist also, in einem ersten Schritt eine gemeinsame Problemdefinition zu finden.

Damit ist dann auch schon einer der wichtigsten Punkte benannt, an denen Kooperation von vornherein scheitern kann. In den Klimaverhandlungen haben zum Beispiel die Schwellenländer über einen langen Zeitraum argumentiert, dass der Abbau von Emissionen ihre Wachstumsmöglichkeiten einschränkt; afrikanische Staaten vertraten die Ansicht, dass Armutsbekämpfung gegenüber Klimaschutz vorrangig sei. Die Industrieländer wiederum wollten nicht in den Klimaschutz investieren, wenn die anderen Staaten nicht auch alle mitziehen.

Es hat lange gedauert, bis Klimawandel von der Staatengemeinschaft als Weltproblem anerkannt wurde, das die Menschheit als Ganzes bedroht und deutlich wurde, dass ohne Klimaschutz menschliche Entwicklung generell in schwieriges Fahrwasser gerät. Erst dieser Perspektivwechsel hat das Pariser Klimaabkommen ermöglicht, in dem die gemeinsame Verantwortung aller Staaten für die Stabilisierung des Klimasystems betont wird.

Ist also ein gemeinsames Problemverständnis der Schlüssel für Kooperation und den Übergang zu einer nachhaltigen Gesellschaft?

Umfassender gesellschaftlicher Wandel ist ein komplexer Prozess. Um zu verstehen, wie der Übergang von einer Gesellschaft, deren Dynamik wesentlich durch die Verbrennung fossiler Energieträger befeuert wird, zu einer nachhaltigen Gesellschaft verläuft, bediene ich mich als Politikwissenschaftler des Modells des Akteursorientierten Institutionalismus. Dieser betont, neben den institutionellen Strukturen einer

jeweiligen Gesellschaft, die Bedeutung von drei Dimensionen für Prozesse gesellschaftlichen Wandels: Die gegebenen Macht- und Interessenstrukturen der Akteure (hier geht es um Verhandlungsprozesse bzw. Konflikte), die Heuristiken und vorgegebenen Deutungsansätze, mit deren Hilfe sich Akteure in der Welt bewegen (hier steht „Argumentieren“ im Zentrum) sowie die Werte und normativen Orientierungen der Akteure (hier dominiert der Interaktionsmodus des „Dialoges“). Beim Übergang zu einer nachhaltigen Gesellschaft müssen Veränderungsprozesse in allen drei Dimensionen stattfinden.

Erstens müssen sich die Macht- und Interessenstrukturen zugunsten von Nachhaltigkeitsakteuren verschieben: in Deutschland (aber auch vielen anderen Ländern) ist dies zum Beispiel im Energiesektor nach dem Fukushima-Unfall und im Zuge der Energiewende der Fall gewesen – fossile Energieerzeugung ist zu einem Auslaufmodell geworden. In der Automobilindustrie können wir zurzeit den Konflikt zwischen den Verteidigern der fossil basierten Mobilität und emissionsarmer oder -freier Mobilität beobachten. Die alten Geschäftsmodelle geraten in die Defensive. Zukunftsinteressen beginnen sich gegen Gegenwartsinteressen durchzusetzen.

Zweitens müssen sich kognitive Leitbilder verändern. In den vergangenen 150 Jahren galten hoher Ressourcenverbrauch und die Verbrennung von fossilen Energieträgern als unabdingbare Grundlage für Wachstum, Fortschritt, Wohlstand. Sie waren Erfolgsindikatoren. Nun müssen Leitbilder entwickelt und von der Gesellschaft akzeptiert werden, die Wohlstand ohne Ressourcenverbrauch und Emissionen ermöglichen. Es reicht nicht, zu verstehen, dass Klimawandel ein Problem ist. Es müssen plausible Konzepte und Zukunftsentwürfe entstehen, wie Klimaschutz und Entwicklung verbunden werden

können – wie also Lösungen konkret aussehen könnten.

Drittens geht es um eine Weiterentwicklung unseres Normen- und Wertesystems. In Europa hat sich nach dem zweiten Weltkrieg die Idee eines wohlfahrstaatlichen Kapitalismus durchgesetzt. Dem Markt wurden sozialen Grenzen gesetzt. Nun stehen, aus der Nachhaltigkeitsperspektive, drei normative Ergänzungen zur Diskussion: (a) die Staatengemeinschaft muss Verantwortung für die Stabilisierung des Erdsystems übernehmen, was nur gelingen kann, wenn die planetaren Grenzen in eine Ordnungspolitik für die Marktwirtschaften übersetzt werden; (b) Klimaschutz verlangt globalen Interessenausgleich, also die Stärkung einer globalen Gerechtigkeitsperspektive; (c) die jetzigen Generationen müssen die Verantwortung anerkennen, dass ihre Gegenwartsentscheidungen fundamentale Auswirkungen auf alle zukünftigen Generationen haben. Die jetzigen Generationen können bis zur Mitte des Jahrhunderts, würde das aktuelle Wachstumsmuster einfach fortgesetzt, irreversible Dynamiken des Erdsystemwandels in Gang setzen, mit unübersehbaren Risiken für folgende Generationen. Der Philosoph Anthony Appiah spricht in diesem Kontext von „moralischen Revolutionen“. Deutlich wird: Die Nachhaltigkeitstransformation ist nicht nur eine technologische Herausforderung, es geht um umfassenden gesellschaftlichen, zivilisatorischen Wandel.

Welche Rolle hat der Weltklimarat, in dem ja viele Klimaforscher zusammenarbeiten gespielt?

In der globalen Klimakooperation spielt der 1988 gegründete Weltklimarat (IPCC)⁶ eine herausragende Rolle. Entscheidet ist, dass hier Wissenschaftler aus aller Welt den Stand der Forschung zu Klimawandel gemeinsamen aus- und bewerten. Dies ist keine westliche Organisation (deren Ergebnisse zum Beispiel in

China oder Afrika kritisch gesehen würden), hier arbeiten auch nicht nur die Top-Unis zusammen. Die Stärke des IPCC ist, dass darin die gesamte Weltklimaforschungsgemeinschaft eingebunden und mobilisiert ist. Dies ist ein enormer Aufwand, aber: Nur gemeinsame Wissensproduktion schafft die Grundlagen für gemeinsame Problemwahrnehmungen und damit für gemeinsames Handeln. Damit hat der IPCC signifikant zur Veränderung der kognitiven Leitbilder für die zukünftige Entwicklung der Weltgesellschaft beigetragen und Wertefragen aufgeworfen, die nun weltweit diskutiert werden.

Das heißt aber auch: Die Transformation zur Nachhaltigkeit wird vor allem auch aus der Wissenschaft befördert. Hier kann sich die Wissenschaft wirklich mal etwas auf ihre Fahnen schreiben. Sie hat Klimaprobleme entdeckt und ihre verschiedenen Dimensionen herausgearbeitet: Der Klimawandel ist ein reales Phänomen; er ist im Wesentlichen durch Menschen verursacht; und er gefährdet die Zukunft menschlicher Entwicklung. Erst dieses Wissen ermöglicht die Chance präventiv zu handeln.

Die Wissenschaft hat also den globalen Klimaprozess angestoßen und am Laufen gehalten. So ist dieses Wissen dann Stück für Stück in die breitere Gesellschaft eingesickert und wurde nach und nach auch von Regierungen und anderen Akteuren aufgegriffen. So zum Beispiel von Sicherheitsexperten – schließlich haben sogar die NATO und US-Verteidigungsspezialisten zu den Klimaszenarien Stellung bezogen. Dabei haben sie deutlich gemacht, dass es kaum Aussicht darauf gibt, in einer Welt, wie wir sie bei einer Erwärmung um vier Grad Celsius prognostizieren, für Stabilität zu sorgen.

Vor allem in den letzten Jahren ist ein Erstarken nationalistischer und rechtspopulistischer Strömungen zu beobachten, die die Möglichkeit globaler Kooperation verneinen. Sie stellen sich gegen diesen Trend.

Wie schätzen Sie die Relevanz dieser Strömungen ein?

Das Erstarken autoritärnationalistischer Parteien und Bewegungen sowie das Hervortreten von Führerfiguren wie Trump, Erdogan, Le Pen und Putin, die internationale Kooperation generell infrage stellen und eine Rückbesinnung auf die Nation und „our country first“ propagieren, ist eine Bedrohung für das internationale System, für Frieden und Sicherheit. Globaler Vernetzung und Interdependenz mit Nationalismus zu begegnen, ist zum Scheitern verurteilt und gefährlich. An die Stelle der Kooperation tritt bei diesen Akteuren eine radikale Komplexitätsreduktion sowie die Überzeugung, dass sich die drängenden Probleme durch den Bau von Mauern und Dominanz lösen ließen. Verschärft wird all dies durch das geringe Zeitfenster, das uns für die Lösung der Klimaproblematik und anderer zentraler Weltprobleme zur Verfügung steht.

Worin sehen Sie die Ursachen für die politischen Entwicklungen, die Sie gerade beschrieben haben?

Um diese Entwicklung zu verstehen, muss man meiner Meinung nach vier Aspekte berücksichtigen, die im Prozess der beschleunigten Globalisierung der vergangenen drei Dekaden an Bedeutung gewonnen haben und sich nun „entladen“. Der Rechtspopulismus stellt eine Reaktion auf sozialökonomische Ungleichheiten zum einen und auf ein Gefühl des Kontrollverlusts zum anderen dar. Zu diesen beiden Aspekten kommt eine faktische oder so empfundene Entfernung oder Ablösung der Eliten von den Gesellschaften. Letztlich signalisiert der Rechtspopulismus, dass wir es in unseren Gesellschaften mit Identitätsproblemen zu tun haben.

Lassen Sie mich kurz Beispiele für diese vier Felder anführen: Erstens ist im Globalisierungsdiskurs der letzten Jahre aus dem Blick geraten, dass Globalisierung nicht nur

Gewinner produziert. Es gibt einen bedeutenden Teil der Gesellschaft, dem die Globalisierung nicht nur Vorteile gebracht hat. Aufgrund der größer werdenden Kluft zwischen Arm und Reich, haben diese Personen daher auch eine ganz andere Wahrnehmung der Globalisierung. Trump hat diese „Vergessenen“ erfolgreich angesprochen. Bevor ein Milliardär zum Arbeiterführer werden konnte, war der Begriff „white trash“ in den USA gebräuchlich: Weiße Arbeiter, die mit ihren Arbeitsplätzen nicht nur Einkommen, sondern auch ihre soziale Anerkennung verloren haben.

Zweitens schafft Globalisierung das Gefühl von Kontrollverlust und damit von Unsicherheit. Die globale Finanzmarktkrise, der globale Klimawandel, die weltweiten Flüchtlingsbewegungen – dazu scheinbar hilflose Regierung, die den Eindruck erwecken „der Globalisierung“ ausgeliefert zu sein. Statt nach Möglichkeiten zur Gestaltung der Globalisierung (z.B. im Rahmen der G 20, der EU, der Vereinten Nationen) zu suchen, versprechen die Rechtspopulisten, das Übel an der Wurzel zu packen: Mauern bauen, Grenzen schließen, „Wir zuerst“, Schluss mit dem „Globalismus“.

Drittens haben wir es in vielen Gesellschaften mit einem Eliteversagen zu tun. Die Enthüllungen zu den Panama Papers senden an viele die Botschaft, dass nur Normalbürger Steuern zahlen müssen. Wer genügend Geld hat kann sich hingegen aus der Verantwortung stellen. Die OECD zeigt, dass die Regierungen der Industrieländer jährlich dreistellige Milliardenbeträge durch „tax avoidance“ und „profit shifting“ verlieren. Große und leistungsstarke Unternehmen wie Google zahlen in Europa kaum Steuern. Das ist nicht nur ein fiskalpolitisches Problem, es handelt sich um eine Legitimationskrise demokratischer Gesellschaften. Das Gefühl, dass alle ihren Teil zu dieser Gesellschaft beitragen, der Gesellschaftsvertrag einer sozialen Marktwirtschaft somit gilt, ist bei

vielen nicht mehr geben. Der soziale Kitt, der unsere Gesellschaften zusammenhält, wird brüchig.

Schlussendlich Identitätsfragen, beispielhaft die Flüchtlingsproblematik. Ich muss offen gestehen, dass ich nicht gedacht hätte, dass die Frage der Aufnahme von Kriegsflüchtlingen in Europa zu so massiven Protesten führt. Die Aufnahme von ein, zwei Millionen Flüchtlingen durch Europa ist nicht in erster Linie ein ökonomisches Problem. Was hier deutlich wurde, ist, dass es ein Problem mit Identitäten gibt. Menschen sind soziale Wesen. Zugehörigkeit und soziale Anerkennung sind wichtig. Menschen wollen „dazugehören“. Soziale Ausgrenzungen, Gefühle von Kontrollverlust, unübersichtliche Globalisierung erzeugen Ängste und Abgrenzungsbedürfnisse, die in Wut, Chauvinismus, Xenophobie umschlagen können. Die Ängste derjenigen, die sich am unteren Ende der Gesellschaften von Zuwanderern bedroht fühlen, weil sie in ihnen neue Wettbewerber um Arbeitsplätze, Wohnraum, soziale Dienste sehen, muss man ernst nehmen. Das beste Mittel gegen Wutbürger ist es, Zukunftsperspektiven zu schaffen. Rassismus, Wohlstandschauvinismus („lasst uns endlich mit den Problemen „der Anderen“ in Ruhe“), Nationalismus gefährden hingegen unsere offenen Gesellschaften.

Demokratie, Freiheit, Menschenrechte und Offenheit – das lernen wir gerade – sind keine Selbstverständlichkeiten, sie müssen immer wieder neu erstritten und verteidigt werden – nun unter den Bedingungen dichter transnationaler Vernetzungen. Dabei zeigt sich: Soziale Kohäsion ist eine Voraussetzung für die globale Kooperationsfähigkeit beziehungsweise -willigkeit unserer Gesellschaften, sowie umgekehrt gilt: Ohne zunehmende globale Kooperation erodieren die Gestaltungsmöglichkeiten innerhalb unserer Gesellschaften.

Anmerkungen

- 1) Das Konzept der planetary boundaries (meist übersetzt als planetare Leitplanken oder (Belastungs-)Grenzen) wurde im Jahr 2009 von einer Forschergruppe um Johan Rockström (Stockholm Resilience Centre) und Will Steffen (Australian National University) vorgestellt. Mit ihrem Vorschlag versuchen sie die Idee einer nachhaltigen Entwicklung im globalen Maßstab zu konkretisieren. Dazu identifizieren sie neun planetare Leitplanken, innerhalb derer die Menschheit sicher operieren kann („Safe Operating Space for Humanity“). Das Durchbrechen der Leitplanken hingegen birgt bedeutende Risiken. Gegenwärtig hat die Menschheit nach Einschätzung der Forscher bereits drei der neun Leitplanken durchbrochen, wobei für zwei Bereiche noch keine abschließende Einschätzung vorliegt. (Siehe hierzu: Rockström/Steffen 2009 und Steffen 2015)
- 2) Die UN-Klimakonferenzen finden jährlich seit 1995 statt. Alle Vertragspartner der UN-Klimarahmenkonvention (UN-FCCC), die im Jahre 1992 auf der Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung (UNCED) in Rio de Janeiro beschlossen wurde (kurz auch: Rio-Konferenz), nehmen an den Treffen teil. Daher auch die Bezeichnung dieser Treffen als Vertragsstaatenkonferenz oder Conference of the Parties (COP), zum Beispiel die COP 15 in Kopenhagen im Jahre 2009 oder die COP 21 im Jahre 2015 in Paris.
- 3) Siehe Polanyi (1944).
- 4) Siehe hierzu beispielsweise die Rede Otmar Issings anlässlich der Verleihung des Friedrich-von-Hayek-Preises am 4. Dezember 2011 in Freiburg. Abgedruckt in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung vom 11. Dezember 2011.
- 5) Der Ausdruck „Zwei-Grad-Ziel“ ist eine Kurzformel für die internationale Zielsetzung, die globale Erwärmung infolge erhöhter Treibhausgas-Konzentrationen in der Atmosphäre auf unter zwei Grad Celsius zu halten. Gemäß den Erkenntnissen des Weltklimarates lassen sich so die Risiken eines globalen Klimawandels auf einem nicht bedrohlichen Niveau halten (vgl. hierzu den jüngsten Bericht des Weltklimarates IPCC (2014)). Auf der Konferenz in Paris 2015 (COP 21) wurde sogar 1,5 Grad Celsius als Zielmarke formuliert.
- 6) Der Weltklimarat (Intergovernmental Panel on Climate Change, IPCC) wurde im Jahre 1988 auf Betreiben der Weltorganisation für Meteorologie (WMO) und dem Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) gegründet. Aufgabe der internationalen Organisation des Weltklimarates ist es, die naturwissenschaftliche Forschung zum Klimawandel aufzuarbeiten und so Staaten und politischen Entscheidungsträgern eine möglichst objektive Einschätzung der Forschungslandschaft zu geben.

Literatur

- IPCC (2014), Climate Change 2014: Synthesis Report. Contribution of Working Groups I, II and III to the Fifth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change [Hauptautorenteam, R.K. Pachauri und L.A. Meyer (Hg.)]. IPCC, Geneva, Switzerland, 151 pp. [Online einsehbar unter: <https://www.ipcc.ch/report/ar5/syr/>]
- Messner, Dirk/Weinlich, Silke (Hg.) (2016), Global Cooperation and the Human Factor in International Relations, London/ New York: Routledge.
- Polanyi, Karl (1944), The Great Transformation. The Political and Economic Origins of our Time, New York: Rinehart Publishing.
- Rockström, Johan/Steffen, Will et al. (2009), Planetary Boundaries. Exploring the Safe Operating Space for Humanity, Ecology and Society 14(2).
- Steffen, Will et al. (2015), Planetary Boundaries. Guiding Human Development on a Changing Planet. Science 347.
- WBGU (2011), Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation, Berlin. [Online einsehbar unter: <http://www.wbgu.de/hg2011/>]

Zur Person

Dirk Messner ist seit 2003 Direktor des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik (DIE); Bonn und Co-Direktor des Käte Hamburger Kolleg/Centre for Global Cooperation Research (KHK/GCR) der Universität Duisburg-Essen, das 2012 gegründet wurde. Aufbauend auf seinen Forschungsgebieten ist er in hochrangigen politischen Beratungsgremien tätig: Seit 2004 ist er Mitglied des „Wissenschaftlichen Beirates der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen“ (seit 2013 Vorsitzender), außerdem ist er Mitglied des „China Council on Global Cooperation on Development and Environment“. Er hat die Weltbank in deren „Global Knowledge Advisory Commission“ ebenso beraten, wie die Europäische Kommission in deren „Scientific Advisory Board for EU Development Policy“. Dirk Messner ist zudem Professor für Politikwissenschaft an der Universität Duisburg-Essen, und Vorsitzender des „Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen“ (WBGU). Neben vielen weiteren Lehr- und Forschungstätigkeiten mit Schwerpunkten in Lateinamerika und Asien ist er international als Berater für zahlreiche Institutionen tätig. Seine Forschungsinteressen liegen im Bereich von Globalisierung, Global Governance und Entwicklungsforschung. Darüber hinaus forscht er intensiv zu Umwelt- und Klimafragen so wie Dynamiken globalen Wandels. Neuere Publikationen: Messner, Dirk/Joachim Schellnhuber et al. (2016): G20: Development and justice through transformation: the four big 'I's, Berlin: German Advisory Council on Global Change (WBGU); Messner, Dirk/Silke Weinlich (eds.) (2016): Global cooperation and the human factor in international relations. London: Routledge.